

Transparenz schafft Vertrauen.
Für ein niedersächsisches
Informationsfreiheitsgesetz.

Transparenz schafft Vertrauen.
Für ein niedersächsisches
Informationsfreiheitsgesetz.

Transparenz schafft Vertrauen.
Für ein niedersächsisches
Informationsfreiheitsgesetz.

Transparenz schafft Vertrauen.
Für ein niedersächsisches
Informationsfreiheitsgesetz.

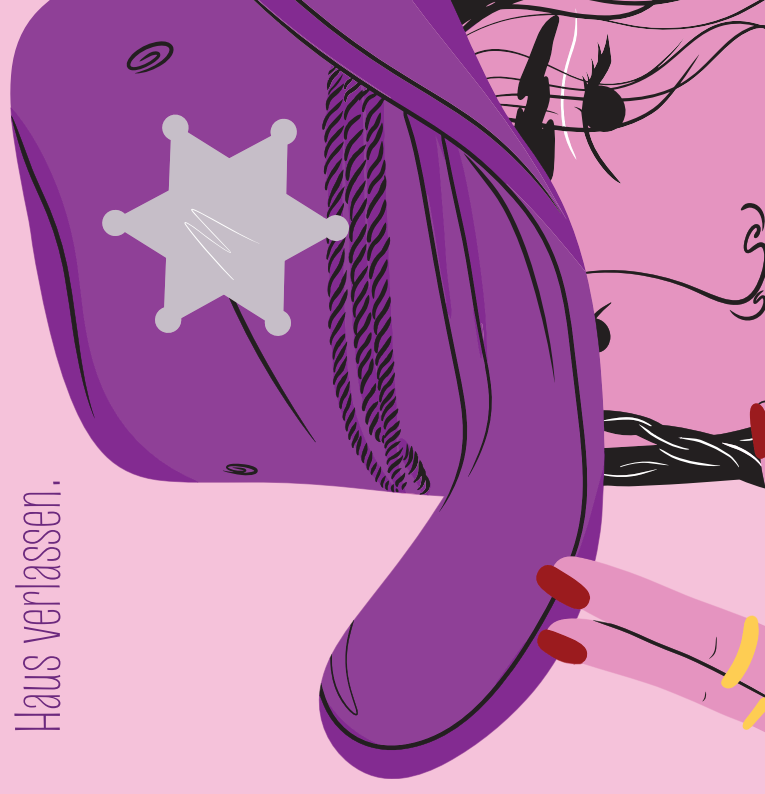




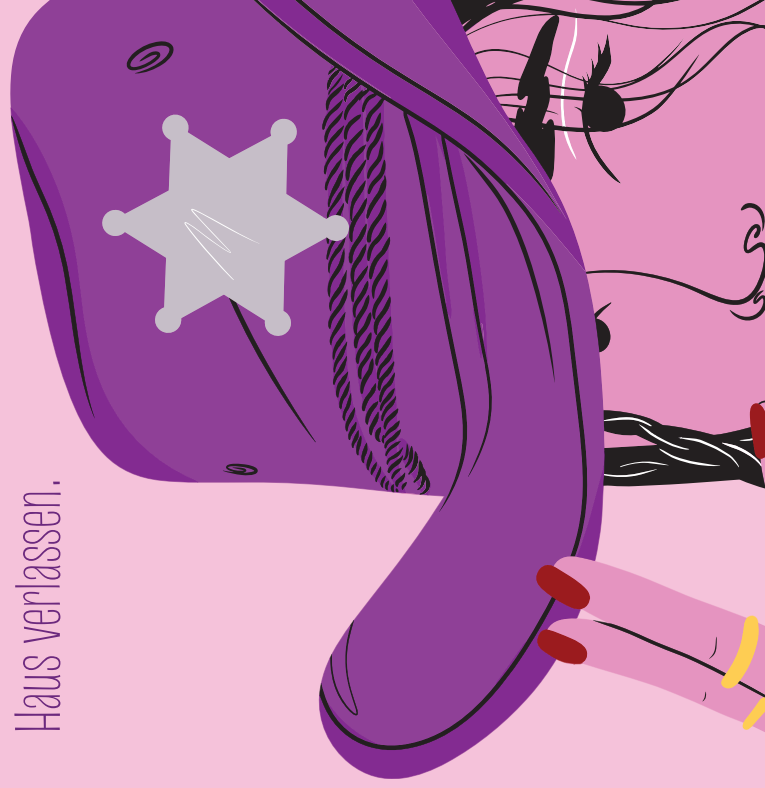




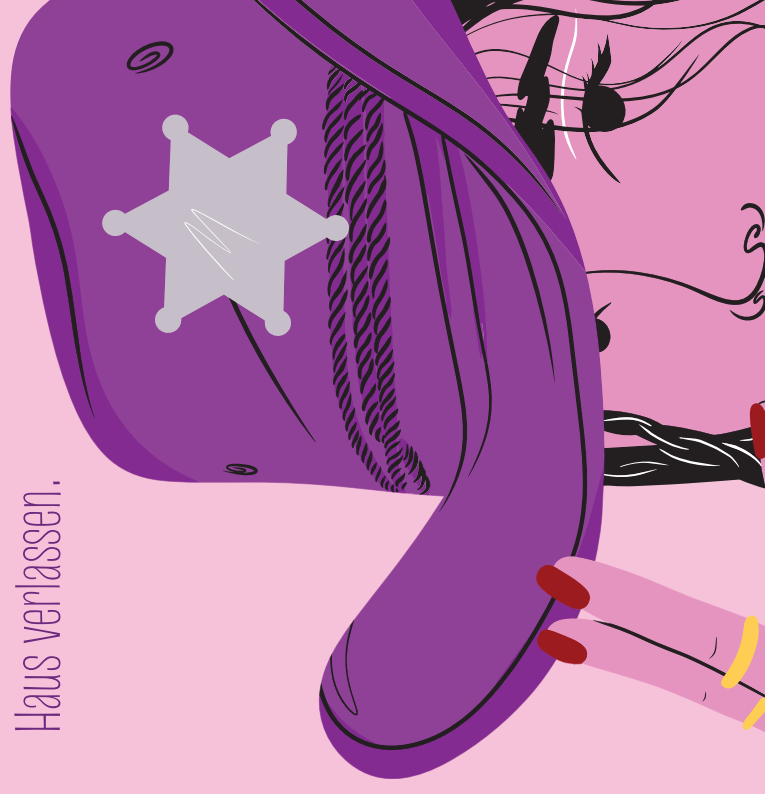
Stellen Sie sich vor, Sie würden
von einer **unermüdlichen,**
omnipräsenten Polizist:in
gesucht, sobald Sie Ihr
Haus verlassen.



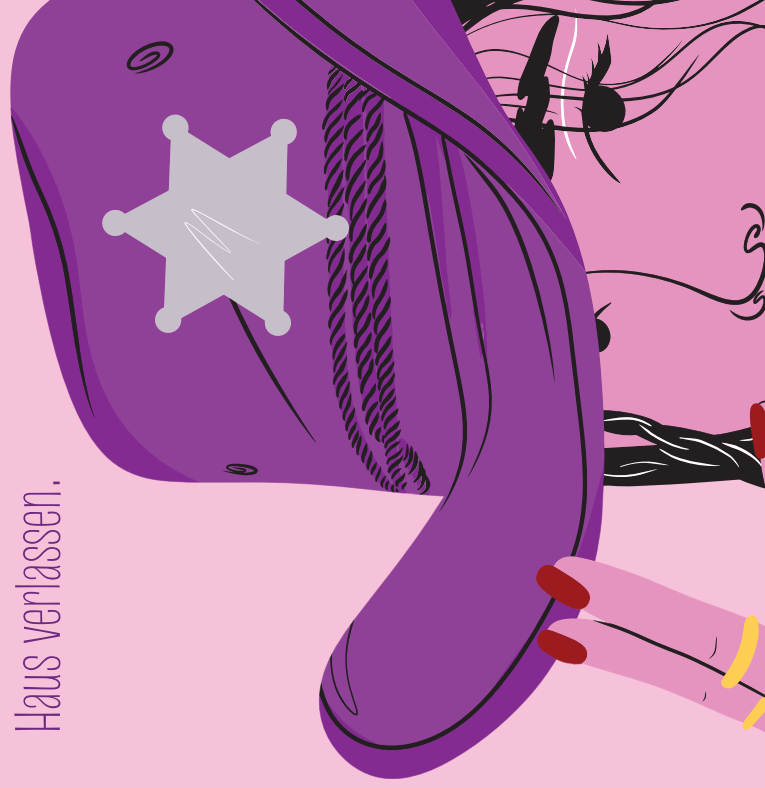
Stellen Sie sich vor, Sie würden
von einer **unermüdlichen,**
omnipräsenten Polizist:in
gesucht, sobald Sie Ihr
Haus verlassen.



Stellen Sie sich vor, Sie würden
von einer **unermüdlichen,**
omnipräsenten Polizist:in
gesucht, sobald Sie Ihr
Haus verlassen.



Stellen Sie sich vor, Sie würden
von einer **unermüdlichen,**
omnipräsenten Polizist:in
gesucht, sobald Sie Ihr
Haus verlassen.



§ 32b des neuen NPOG-Entwurfs soll ‚biometrische Echtzeit-Fernidentifikation‘ erlauben. Personen können also ohne ihr Wissen und ohne erkennbaren Kontakt zur Polizei im öffentlichen Raum mit erhöhter Effizienz verfolgt werden. Allein die Existenz eines solchen Systems erhöht erheblich den Überwachungsdruck auf uns alle und hat eine einschüchternde Wirkung. Nach wem wird eine künftige Regierung fahnden lassen?

klerndatenverein.org - Illustration „A woman wearing a purple cowboy“ hat von Esma Melike Sozer (Unsplash-Lizenz)



§ 32b des neuen NPOG-Entwurfs soll ‚biometrische Echtzeit-Fernidentifikation‘ erlauben. Personen können also ohne ihr Wissen und ohne erkennbaren Kontakt zur Polizei im öffentlichen Raum mit erhöhter Effizienz verfolgt werden. Allein die Existenz eines solchen Systems erhöht erheblich den Überwachungsdruck auf uns alle und hat eine einschüchternde Wirkung. Nach wem wird eine künftige Regierung fahnden lassen?

klerndatenverein.org - Illustration „A woman wearing a purple cowboy“ hat von Esma Melike Sozer (Unsplash-Lizenz)



§ 32b des neuen NPOG-Entwurfs soll ‚biometrische Echtzeit-Fernidentifikation‘ erlauben. Personen können also ohne ihr Wissen und ohne erkennbaren Kontakt zur Polizei im öffentlichen Raum mit erhöhter Effizienz verfolgt werden. Allein die Existenz eines solchen Systems erhöht erheblich den Überwachungsdruck auf uns alle und hat eine einschüchternde Wirkung. Nach wem wird eine künftige Regierung fahnden lassen?

klerndatenverein.org - Illustration „A woman wearing a purple cowboy“ hat von Esma Melike Sozer (Unsplash-Lizenz)

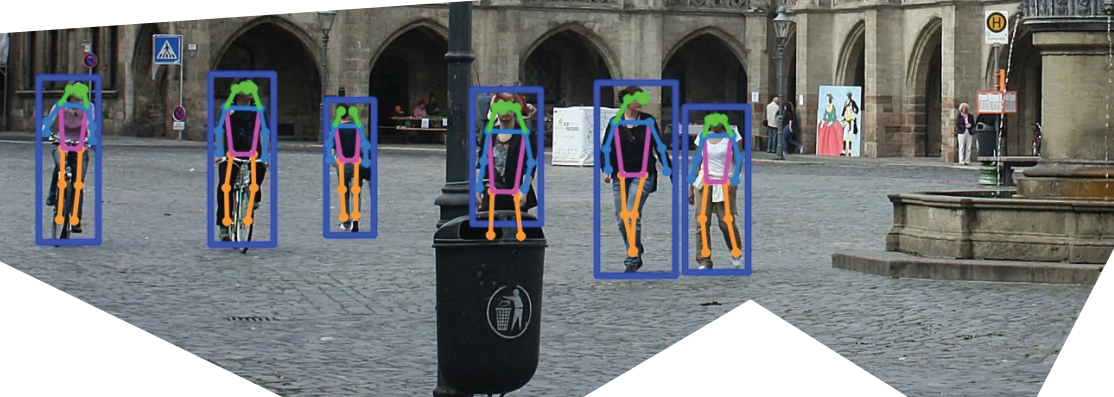


§ 32b des neuen NPOG-Entwurfs soll ‚biometrische Echtzeit-Fernidentifikation‘ erlauben. Personen können also ohne ihr Wissen und ohne erkennbaren Kontakt zur Polizei im öffentlichen Raum mit erhöhter Effizienz verfolgt werden. Allein die Existenz eines solchen Systems erhöht erheblich den Überwachungsdruck auf uns alle und hat eine einschüchternde Wirkung. Nach wem wird eine künftige Regierung fahnden lassen?

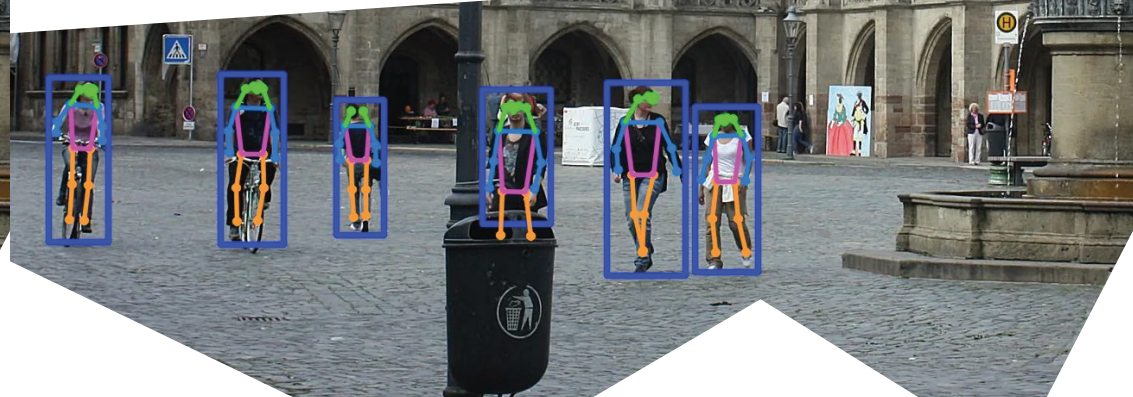
klerndatenverein.org - Illustration „A woman wearing a purple cowboy“ hat von Esma Melike Sozer (Unsplash-Lizenz)



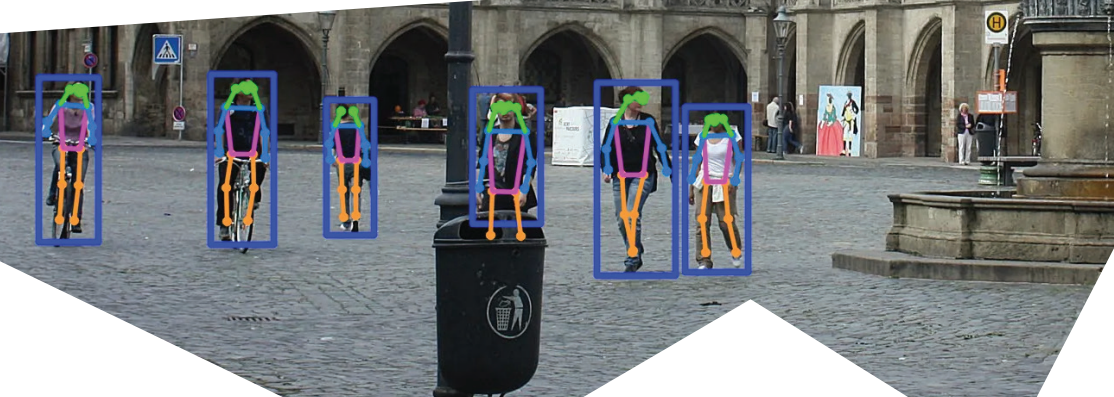
**Stellen Sie sich vor,
Sie müssten bei
jedem Gang durch die
Innenstadt hoffen,
von der KI als *normal*
bewertet zu werden.**



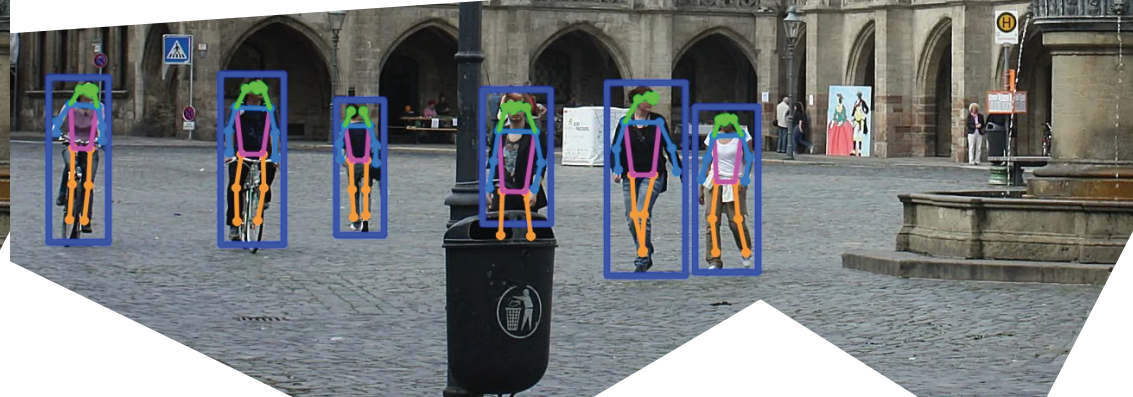
**Stellen Sie sich vor,
Sie müssten bei
jedem Gang durch die
Innenstadt hoffen,
von der KI als *normal*
bewertet zu werden.**



**Stellen Sie sich vor,
Sie müssten bei
jedem Gang durch die
Innenstadt hoffen,
von der KI als *normal*
bewertet zu werden.**



**Stellen Sie sich vor,
Sie müssten bei
jedem Gang durch die
Innenstadt hoffen,
von der KI als *normal*
bewertet zu werden.**



§ 32 des neuen NPOG-Entwurfs sieht vor, an öffentlichen Orten KI-gestützte Verhaltenserkennung zur Warnung vor gefährlichen Situationen einzusetzen. Solche Systeme haben das Potential, angepasstes Verhalten zu erzeugen und eine freie Teilhabe am öffentlichen Leben durch ein Klima der Angst und Verunsicherung zu verhindern. Wer ist morgen an der Macht und bestimmt, was ‚normal‘ ist?



§ 32 des neuen NPOG-Entwurfs sieht vor, an öffentlichen Orten KI-gestützte Verhaltenserkennung zur Warnung vor gefährlichen Situationen einzusetzen. Solche Systeme haben das Potential, angepasstes Verhalten zu erzeugen und eine freie Teilhabe am öffentlichen Leben durch ein Klima der Angst und Verunsicherung zu verhindern. Wer ist morgen an der Macht und bestimmt, was ‚normal‘ ist?



§ 32 des neuen NPOG-Entwurfs sieht vor, an öffentlichen Orten KI-gestützte Verhaltenserkennung zur Warnung vor gefährlichen Situationen einzusetzen. Solche Systeme haben das Potential, angepasstes Verhalten zu erzeugen und eine freie Teilhabe am öffentlichen Leben durch ein Klima der Angst und Verunsicherung zu verhindern. Wer ist morgen an der Macht und bestimmt, was ‚normal‘ ist?



§ 32 des neuen NPOG-Entwurfs sieht vor, an öffentlichen Orten KI-gestützte Verhaltenserkennung zur Warnung vor gefährlichen Situationen einzusetzen. Solche Systeme haben das Potential, angepasstes Verhalten zu erzeugen und eine freie Teilhabe am öffentlichen Leben durch ein Klima der Angst und Verunsicherung zu verhindern. Wer ist morgen an der Macht und bestimmt, was ‚normal‘ ist?



Stellen Sie sich vor, jeder Blick
in eine Handykamera kann
Sie zum Teil einer zukünftigen
Ermittlung machen.

Stellen Sie sich vor, jeder Blick
in eine Handykamera kann
Sie zum Teil einer zukünftigen
Ermittlung machen.



Stellen Sie sich vor, jeder Blick
in eine Handykamera kann
Sie zum Teil einer zukünftigen
Ermittlung machen.

Stellen Sie sich vor, jeder Blick
in eine Handykamera kann
Sie zum Teil einer zukünftigen
Ermittlung machen.



§ 32c des neuen NPOG-Entwurfs soll die Fahndung mithilfe öffentlich zugänglicher Daten, z. B. aus sozialen Medien, ermöglichen. Jedes privat aufgenommene Bild kann also potentiell Teil einer Ermittlung werden. Möchten Sie solche Gedanken permanent im Hinterkopf haben? Wer entscheidet nach der nächsten Wahl, wonach recherchiert wird, und werde ich es in zehn Jahren bereuen, bei dieser Demo mein Gesicht gezeigt zu haben?



§ 32c des neuen NPOG-Entwurfs soll die Fahndung mithilfe öffentlich zugänglicher Daten, z. B. aus sozialen Medien, ermöglichen. Jedes privat aufgenommene Bild kann also potentiell Teil einer Ermittlung werden. Möchten Sie solche Gedanken permanent im Hinterkopf haben? Wer entscheidet nach der nächsten Wahl, wonach recherchiert wird, und werde ich es in zehn Jahren bereuen, bei dieser Demo mein Gesicht gezeigt zu haben?



§ 32c des neuen NPOG-Entwurfs soll die Fahndung mithilfe öffentlich zugänglicher Daten, z. B. aus sozialen Medien, ermöglichen. Jedes privat aufgenommene Bild kann also potentiell Teil einer Ermittlung werden. Möchten Sie solche Gedanken permanent im Hinterkopf haben? Wer entscheidet nach der nächsten Wahl, wonach recherchiert wird, und werde ich es in zehn Jahren bereuen, bei dieser Demo mein Gesicht gezeigt zu haben?



§ 32c des neuen NPOG-Entwurfs soll die Fahndung mithilfe öffentlich zugänglicher Daten, z. B. aus sozialen Medien, ermöglichen. Jedes privat aufgenommene Bild kann also potentiell Teil einer Ermittlung werden. Möchten Sie solche Gedanken permanent im Hinterkopf haben? Wer entscheidet nach der nächsten Wahl, wonach recherchiert wird, und werde ich es in zehn Jahren bereuen, bei dieser Demo mein Gesicht gezeigt zu haben?



Stellen Sie sich vor, eine Software steckt Sie ohne nachvollziehbare Erklärung in die Kategorie:

VERDÄCHTIG



Stellen Sie sich vor, eine Software steckt Sie ohne nachvollziehbare Erklärung in die Kategorie:

VERDÄCHTIG



Stellen Sie sich vor, eine Software steckt Sie ohne nachvollziehbare Erklärung in die Kategorie:

VERDÄCHTIG



Stellen Sie sich vor, eine Software steckt Sie ohne nachvollziehbare Erklärung in die Kategorie:

VERDÄCHTIG



Nach § 45 des neuen NPOG-Entwurfs sollen Datenbanken zusammengeführt und strukturiert durchsucht werden können. Alle Personen mit Kontakt zur Polizei – auch als Zeugin oder Anzeigensteller – könnten betroffen sein. ‚Selbstlernende Systeme‘ sollen per Verordnung und entgegen jeder Erfahrung fehler- und diskriminierungsfrei bleiben. Auch wenn die aktuelle Regierung Software des Unternehmens Palantir ablehnt, wird hier die Gesetzesgrundlage für deren grundrechtsbedrohende Funktionalität geschaffen. Welche Regierung freut sich vielleicht künftig über dieses Instrument? Reicht nicht ein Blick in die USA, um die Gefahren eines solchen Instruments in den falschen Händen zu erkennen?



Nach § 45 des neuen NPOG-Entwurfs sollen Datenbanken zusammengeführt und strukturiert durchsucht werden können. Alle Personen mit Kontakt zur Polizei – auch als Zeugin oder Anzeigensteller – könnten betroffen sein. ‚Selbstlernende Systeme‘ sollen per Verordnung und entgegen jeder Erfahrung fehler- und diskriminierungsfrei bleiben. Auch wenn die aktuelle Regierung Software des Unternehmens Palantir ablehnt, wird hier die Gesetzesgrundlage für deren grundrechtsbedrohende Funktionalität geschaffen. Welche Regierung freut sich vielleicht künftig über dieses Instrument? Reicht nicht ein Blick in die USA, um die Gefahren eines solchen Instruments in den falschen Händen zu erkennen?



Nach § 45 des neuen NPOG-Entwurfs sollen Datenbanken zusammengeführt und strukturiert durchsucht werden können. Alle Personen mit Kontakt zur Polizei – auch als Zeugin oder Anzeigensteller – könnten betroffen sein. ‚Selbstlernende Systeme‘ sollen per Verordnung und entgegen jeder Erfahrung fehler- und diskriminierungsfrei bleiben. Auch wenn die aktuelle Regierung Software des Unternehmens Palantir ablehnt, wird hier die Gesetzesgrundlage für deren grundrechtsbedrohende Funktionalität geschaffen. Welche Regierung freut sich vielleicht künftig über dieses Instrument? Reicht nicht ein Blick in die USA, um die Gefahren eines solchen Instruments in den falschen Händen zu erkennen?



Nach § 45 des neuen NPOG-Entwurfs sollen Datenbanken zusammengeführt und strukturiert durchsucht werden können. Alle Personen mit Kontakt zur Polizei – auch als Zeugin oder Anzeigensteller – könnten betroffen sein. ‚Selbstlernende Systeme‘ sollen per Verordnung und entgegen jeder Erfahrung fehler- und diskriminierungsfrei bleiben. Auch wenn die aktuelle Regierung Software des Unternehmens Palantir ablehnt, wird hier die Gesetzesgrundlage für deren grundrechtsbedrohende Funktionalität geschaffen. Welche Regierung freut sich vielleicht künftig über dieses Instrument? Reicht nicht ein Blick in die USA, um die Gefahren eines solchen Instruments in den falschen Händen zu erkennen?





KEINE
**POLIZEI-
BEFUGNISSE**
WIE IN
AUTORITÄREN
STAATEN!

KEINE
**POLIZEI-
BEFUGNISSE**
WIE IN
AUTORITÄREN
STAATEN!



KEINE
**POLIZEI-
BEFUGNISSE**
WIE IN
AUTORITÄREN
STAATEN!

KEINE
**POLIZEI-
BEFUGNISSE**
WIE IN
AUTORITÄREN
STAATEN!

Das sogenannte Sicherheitspaket sieht den Einsatz von Technologien vor, die nicht mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vereinbar, sondern bisher eher aus autoritären Staaten bekannt sind. Gerade in Zeiten auch bei uns erstarkender autoritärer Kräfte ist die Einführung solcher Möglichkeiten äußerst fahrlässig. Wer wird nach der nächsten Wahl entscheiden, gegen welche Personengruppen diese mächtigen Überwachungswerkzeuge eingesetzt werden?



Das sogenannte Sicherheitspaket sieht den Einsatz von Technologien vor, die nicht mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vereinbar, sondern bisher eher aus autoritären Staaten bekannt sind. Gerade in Zeiten auch bei uns erstarkender autoritärer Kräfte ist die Einführung solcher Möglichkeiten äußerst fahrlässig. Wer wird nach der nächsten Wahl entscheiden, gegen welche Personengruppen diese mächtigen Überwachungswerkzeuge eingesetzt werden?



Das sogenannte Sicherheitspaket sieht den Einsatz von Technologien vor, die nicht mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vereinbar, sondern bisher eher aus autoritären Staaten bekannt sind. Gerade in Zeiten auch bei uns erstarkender autoritärer Kräfte ist die Einführung solcher Möglichkeiten äußerst fahrlässig. Wer wird nach der nächsten Wahl entscheiden, gegen welche Personengruppen diese mächtigen Überwachungswerkzeuge eingesetzt werden?



Das sogenannte Sicherheitspaket sieht den Einsatz von Technologien vor, die nicht mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vereinbar, sondern bisher eher aus autoritären Staaten bekannt sind. Gerade in Zeiten auch bei uns erstarkender autoritärer Kräfte ist die Einführung solcher Möglichkeiten äußerst fahrlässig. Wer wird nach der nächsten Wahl entscheiden, gegen welche Personengruppen diese mächtigen Überwachungswerkzeuge eingesetzt werden?



**Rechenzentren dürfen nicht
die Energiewende gefährden!**

**Rechenzentren dürfen nicht
die Energiewende gefährden!**



**Rechenzentren dürfen nicht
die Energiewende gefährden!**

**Rechenzentren dürfen nicht
die Energiewende gefährden!**



Der aktuelle Entwurf des BMW-E zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes sieht weitreichende Lockerungen der Anforderungen an neue Rechenzentren vor, unter anderem bei der Abwärmenutzung als Fernwärme sowie bei den Berichtspflichten. Angesichts des zu erwartenden Anstiegs an energieintensiven Rechenzentren ist das ein fataler Schritt in die falsche Richtung, der dem Anspruch einer zeitgemäßen Ressourcennutzung nicht gerecht wird. Er gefährdet sowohl unsere Klimaziele als auch sozial verträgliche Energiepreise für die Bevölkerung.



Der aktuelle Entwurf des BMW-E zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes sieht weitreichende Lockerungen der Anforderungen an neue Rechenzentren vor, unter anderem bei der Abwärmenutzung als Fernwärme sowie bei den Berichtspflichten. Angesichts des zu erwartenden Anstiegs an energieintensiven Rechenzentren ist das ein fataler Schritt in die falsche Richtung, der dem Anspruch einer zeitgemäßen Ressourcennutzung nicht gerecht wird. Er gefährdet sowohl unsere Klimaziele als auch sozial verträgliche Energiepreise für die Bevölkerung.



Der aktuelle Entwurf des BMW-E zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes sieht weitreichende Lockerungen der Anforderungen an neue Rechenzentren vor, unter anderem bei der Abwärmenutzung als Fernwärme sowie bei den Berichtspflichten. Angesichts des zu erwartenden Anstiegs an energieintensiven Rechenzentren ist das ein fataler Schritt in die falsche Richtung, der dem Anspruch einer zeitgemäßen Ressourcennutzung nicht gerecht wird. Er gefährdet sowohl unsere Klimaziele als auch sozial verträgliche Energiepreise für die Bevölkerung.



Der aktuelle Entwurf des BMW-E zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes sieht weitreichende Lockerungen der Anforderungen an neue Rechenzentren vor, unter anderem bei der Abwärmenutzung als Fernwärme sowie bei den Berichtspflichten. Angesichts des zu erwartenden Anstiegs an energieintensiven Rechenzentren ist das ein fataler Schritt in die falsche Richtung, der dem Anspruch einer zeitgemäßen Ressourcennutzung nicht gerecht wird. Er gefährdet sowohl unsere Klimaziele als auch sozial verträgliche Energiepreise für die Bevölkerung.